

BESCHLUSSPROTOKOLL

Gremium	Sitzung am	Seiten insgesamt
Haupt- und Finanzausschuss	03.02.2026	

Sitzungsort	im Ratssaal des Rathauses, Mannheimer Str. 24
Sitzungsdauer	17:00 - 18:29 Uhr

Öffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil des Protokolls sind.

Vorsitzende

Schriftführer

Sitzungsteilnehmer siehe beiliegendes Teilnehmerverzeichnis.

Die Tagesordnung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass zu dieser ordnungsgemäß, unter schriftlicher Mitteilung der Tagesordnung, eingeladen wurde.

Beschlussfähigkeit im Sinne des § 39 Gemeindeordnung (GemO) liegt vor.

Gegen die vorliegende Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.



Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- 1 Friedhofsentwicklungsplan Grethen-Hausen
- 2 Kündigung der Mitgliedschaft im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
- 3 Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Abs. 3 Gemeindeordnung
- 4 Informationen
- Informationen zur Landtagswahl
- 5 Anfragen

Anwesenheitsliste

Haupt- und Finanzausschuss
vom 03.02.2026

Vorsitzende:

Bürgermeisterin
Natalie Bauernschmitt

Erster Beigeordneter:

Güther, Claudius

Beigeordnete:

Strobel, Angela
Ester, Gerd

CDU:

Brand, Thorsten
Busch, Judith
Hoffmann, Gisela
Kalbfuß, Thomas
Michler, Christine
Wolf, Andreas
Zackiewicz, Jana

Vertretung für Herrn Markus Wolf

SPD:

Lang, Ralf
Stepp, Ina

FWG:

Karst, Uli
Krick, Frank
Schmitt, Jochen

FDP:

Schubert, Walter

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bruns, Johanna

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Giel, Thomas, Prof.
Hagen, Judith

ab 18:20 Uhr

Verwaltungsmitarbeitende:

Feigel, Stefanie

Schneider-Joseph, Christine

Sokolowski-Kühn, Maik

bis 18:55 Uhr

ab 17:50 Uhr

Schriftführer:

Friedrich, Dirk

Schimmel, Joachim

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Tagesordnungspunkt 1:

Friedhofsentwicklungsplan Grethen-Hausen

Vorlage: 2025/0321/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt in den Tagesordnungspunkt ein. Die bisher gekannte Friedhofskultur und das Friedhofswesen seien im Umbruch.

Das Bestattungswesen habe sich genauso wie die Präferenz zu den Bestattungsformen verändert. Der Friedhofsentwicklungsplan bildet mithin eine fachliche und planerische Grundlage für kommunalpolitische Entscheidungen.

Sie dankt Fachbereichsleiterin Christine Schneider-Joseph für die umfangreiche Erarbeitung der Vorlage und des Entwurfs eines „Friedhofentwicklungsplanes Grethen-Hausen“. Der Ortsbeirat Grethen-Hausen habe in seinen Sitzungen vom 24.9.2025 und 03.12.2025 darüber beraten und dem Entwurf einstimmig zugestimmt.

Beigeordneter Ester erläutert, dass der Stadtrat Bad Dürkheim die Aufgabe gestellt habe, für alle Bad Dürkheimer Friedhöfe eine Zukunftsplanung aufzustellen, die Antworten auf die möglichen Auswirkungen, die durch das veränderte Bestattungsrecht und die deutlichen Veränderungen im Bestattungsverhalten entstehen, geben sollen.

Normalerweise werden für die Erstellung von Friedhofsentwicklungsplänen externe Fachbüros beauftragt. Da die Kosten im fünfstelligen Bereich lägen und die meiste Arbeit aus Datenerfassung und Dokumentation bestehe, die von der Verwaltung vorab geleistet werden müsse, habe man sich entschlossen, den vorliegenden Entwurf selbst zu entwickeln.

Sein großer Dank ging an Fachbereichsleiterin Christine Schneider-Joseph. Ihr erstelltes Konzept „Friedhofentwicklungsplan Grethen-Hausen“ soll als Grundgerüst aller Bad Dürkheimer Friedhöfe genutzt werden. Jedoch sei eine so detaillierte Planung aus Personalgründen nicht für die weiteren Friedhöfe möglich. Die Feststellungen und weiteren Schritte dürften aber ähnlich sein. Die vorhandenen Flächen seien vielerorts zu groß und würden nicht benötigt. Sie verursachen immer höhere Bewirtschaftungs- und Pflegekosten.

Ergänzend weist er darauf hin, dass Friedhöfe nicht kostendeckend betrieben werden können, sondern Zuschussbetriebe bleiben werden. Allerdings seien die Gebühren seit längerer Zeit nicht angepasst worden. Aktuell würden Kosten ermittelt, die als Grundlage für eine Aktualisierung der seit dem Jahr 2019 gültigen „Gebührensatzung für das Friedhofs- und Bestattungswesen“ dienen. Es sollen bezahlbare Grabstätten geschaffen werden, um auch konkurrenzfähig zum RuheForst Pfälzerwald zu bleiben.

Die Neufassung der Gebührensatzung soll voraussichtlich in den Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses und Stadtrat im April 2026 beraten und beschlossen werden.

Fachbereichsleiterin Christine Schneider-Joseph stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation den Entwurf des „Friedhofentwicklungsplanes Grethen-Hausen“ vor.

Der Friedhof Grethen-Hausen habe eine Gesamtfläche von 13.462 m². Der errechnete Friedhofsflächenbedarf für die nächsten 25 Jahre beträgt 5.459,75 m². Die Auswertung der verschiedenen Flächen und der errechneten Bruttograbflächensumme ergibt, dass der Friedhof Grethen-Hausen mit seiner derzeitigen Größe einen Flächenüberhang von ca. 8.000 m² hat.

In diesem Zusammenhang wurde angeführt, dass der Großteil der Friedhofsflächen für Sargbestattungen vorgesehen sei. Der Trend gehe aber zu kostengünstigen und platzsparenden

Urnenbestattungen. Auch werde nicht mehr jeder Sterbefall aus dem Ortsbezirk Grethen-Hausen auf dem dortigen Friedhof bestattet. Viele Bestattungen fänden, auch aus finanziellen Gründen, im nahegelegenen RuheForst Pfälzerwald statt. Dort gebe es mitunter lange Wartezeiten, wohingegen auf dem Friedhof Grethen-Hausen im Schnitt der letzten 10 Jahre nur 13 Bestattungen jährlich stattfanden.

In Bezug auf die Entwicklungsziele und die durchzuführenden Maßnahmen wird auf die Seiten 73 bis 76 der PowerPoint-Präsentation verwiesen.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion loben alle im Stadtrat vertretenen Fraktionen die ausführliche Darstellung und hervorragende Arbeit von Fachbereichsleiterin Christine Schneider-Joseph und ihrem Team bei der Erstellung des „Friedhofentwicklungsplanes Grethen-Hausen“.

Es werden verschiedene Fragen der Ausschussmitglieder abschließend beantwortet. Alle Fraktionen stimmen dem Entwurf und den sich daraus ergebenden Maßnahmen zu.

Beigeordneter Ester und Bürgermeisterin Bauernschmitt sagen zu, immer wieder Evaluierungen bei den Friedhöfen vorzunehmen. Außerdem sollen die Friedhöfe, soweit finanziell möglich, jährlich attraktiver gestaltet und verschönert werden.

Bürgermeisterin Bauernschmitt schlägt vor, auf eine so ausführliche Präsentation wie heute im kommenden Stadtrat zu verzichten.

Hierzu erfolgt Zustimmung der anwesenden Ratsmitglieder.

Beigeordneter Ester berichtet im Anschluss daran, dass es erneut zu Wildschweinproblematiken auf dem Grethen-Hausener Friedhof gekommen sei. So werde das direkt am Wald liegende Friedhofareal immer wieder durchwühlt.

Die Stadt habe daher im Haushalt 2026 Mittel bereitgestellt, um einen neuen massiven Zaun zu errichten. Dieser werde weiter unten und nicht mehr so tief im Wald stehen. Dies erleichtere die Montage, Kontrolle und ggfls. spätere Reparaturen. Der Auftrag sei erteilt und er hoffe, dass der Zaun im März aufgebaut werden kann.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Friedhofsentwicklungsplan für den Friedhof Grethen-Hausen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 2:

Kündigung der Mitgliedschaft im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.
Vorlage: 2026/0024/FB3

Bürgermeisterin Bauernschmitt führt aus, dass in der Mitgliedschaft kein Mehrwert gesehen werde. Der zusätzlich bezogene Rechtsprechungsdienst werde nicht genutzt, rechtliche Fragestellungen würden bei Bedarf über andere Informationsquellen eingeholt.

Die Aufhebung der Mitgliedschaft bedarf gem. § 5 Abs. 3 Nr. 8 der Hauptsatzung eines Beschlusses des Haupt- und Finanzausschusses.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt gemäß § 5 Abs. III Nr. 8 der Hauptsatzung, die Mitgliedschaft im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. fristgerecht zu kündigen. Gemeinsam mit der Beendigung der Mitgliedschaft wird auch das Abonnement des Rechtsprechungsdienstes gekündigt.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kündigungen zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu erklären.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 3:

Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem.
§ 94 Abs. 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 2026/0025/FB1

RM Lang fragt nach der Spende der Fa. INFOMA, die ein Softwaredienstleister der Stadt Bad Dürkheim sei. Hat dies Auswirkungen im Bereich der geschäftlichen Beziehungen der Stadt?

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt mit, dass die Stadt Bad Dürkheim an einem Wettbewerb zur Künstlichen Intelligenz (KI) der Firma INFOMA teilgenommen habe und dabei den 1. Preis als Vorreiter für den Einsatz der KI-Technik in unserem Rechnungsworkflow überreicht bekam.

Bürgermeisterin Bauernschmitt teilt ergänzend mit, dass zwischenzeitlich eine Zusage der Dietmar-Hopp-Stiftung für die Umgestaltung des Spielplatzes am Kindergarten Hardenburg eingegangen sei.

Hier handelt es sich um einen angekündigten Betrag von 114.000 €.

Diese Spende ermögliche wahrscheinlich, dass das geplante Sonnensegel über dem Sandkastenbereich doch errichtet werden könne.

Eine Beschlussfassung über die Annahme erfolge im Stadtrat, wenn diese Spende auf dem Konto der Stadt Bad Dürkheim eingegangen sei.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der in der Anlage aufgelisteten Spenden zu.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Tagesordnungspunkt 4:

Informationen

- Informationen zur Landtagswahl

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert, dass es bei der Landtagswahl am 22. März 2026 rd. 14.300 Wahlberechtigte gibt. Es werden von der Stadt 15 Wahllokale eingerichtet. Für den ordnungsgemäßen Wahlablauf werden 150 Wahlhelfer benötigt.

Die Wahlbenachrichtigungen werden ab 20. Februar versandt. Bis zum 1. März 2026 sollen diese Wahlbenachrichtigungen bei den Wahlberechtigten eingegangen sein.

Bürgermeisterin Bauernschmitt berichtet, dass sich die Verwaltung und die Parteien auf eine neue Regelung bei der Wahlplakatierung geeinigt haben, da es in der Vergangenheit immer wieder zu Diskussionen und Beschwerden von Bürgern über die umfangreiche Wahlplakatierung gekommen sei.

Mit den im Stadtrat vertretenen Parteien wurden Standorte für Großplakate festgelegt. Weiterhin habe man sich auf Sperrzonen für Kleinplakate geeinigt. Im Bereich des Kurparks und in der Innenstadt (Zone von Obermarkt über Stadtplatz/Römerplatz bis zum Schlossplatz) dürfen keine Wahlplakate aufgehängt werden.

Diese Regelung gelte selbstverständlich für alle Parteien und nicht nur für die im Stadtrat vertretenen Parteien.

Bei Verstößen werden die Plakate kostenpflichtig (15 €/Plakat) vom Ordnungsamt abgehängt und den betroffenen Parteien in Rechnung gestellt.

Im kommenden Amtsblatt (5.2.2026) wird die „Allgemeinverfügung zur Regelung der Wahlsichtwerbung aus Anlass der Landtagswahl am 22. März 2026“ der Öffentlichkeit bekannt gemacht.

Tagesordnungspunkt 5:

Anfragen

RM Karst berichtet von Beobachtungen, dass das Kneipp-Becken im Kurpark als Hundespielplatz/Hundewaschplatz genutzt werde. Das Gelände am Kneipp-Becken sei zwar eingezäunt aber nicht abgeschlossen.

Er fragt daher nach, ob diese Problematik dem Ordnungsamt bekannt sei und ob es Kontrollen auch in diesem Bereich gebe.

Erster Beigeordneter Güther teilt mit, dass dies der Verwaltung bekannt sei. Der Kommunale Vollzugsdienst habe zu unterschiedlichsten Zeiten mehrfach kontrolliert und keine Verstöße feststellen können.

Der Platz am Kneipp-Becken ist auch als Platz der Begegnung geschaffen worden und soll dies auch bleiben. Er sollte daher nicht verschlossen werden.

RM Hagen fragt nach einer Passage in der Rede der Bürgermeisterin beim Neujahrsempfang. Beim Einspielfilm aus der „Babbelsauna“ hätten die beiden Darsteller von dem Traum eines „Babbel-doch“-Festivals im Kurpark gesprochen. Sie bittet um Auskunft, was hinter dieser Aussage stecke und ob hier ein Mundartfestival in Bad Dürkheim geplant sei.

Bürgermeisterin Bauernschmitt informiert, dass es sich hier um ein Kultur- und Musikfest handele, dass sich der Mundart verschrieben habe. Dieses habe in den vergangenen beiden Jahren in Fußgönheim stattgefunden.

Es bestehen Überlegungen, dieses Festival nach Bad Dürkheim zu verlegen. Allerdings nicht im Jahr 2026, sondern evtl. im Jahr 2027.

Im kommenden Kulturausschuss am 27. Mai 2026 soll über diese Idee diskutiert werden

Die Vorsitzende, Bürgermeisterin Natalie Bauernschmitt, schließt die öffentliche Sitzung um 18:29 Uhr.